

Anlage 1

Leistungsbeschreibung

Rahmenvertrag über die Lieferung von Langwandtafeln inkl. Montage für die Schulen in Trägerschaft der Stadt Essen

(Vergabe-Nr.: V-2026-0079)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort1

1.	Leistungsinhalt.....	1
2.	Vertragslaufzeit.....	2
3.	Volumen.....	2
4.	Durchführung des Vertrages.....	3
5.	Preisgestaltung	3
6.	Liefer- und Montagemodalitäten.....	3
7.	Gewährleistung.....	4
8.	Rechnungslegung.....	4
9.	Haftung.....	5
10.	Vertragsstrafe	5
11.	Kündigungsrechte der AG.....	6
12.	Datenschutz	6
13.	Wahrung der Neutralität	6
14.	Informationspflichten und Prüfrecht.....	6
15.	Presse und Öffentlichkeitsarbeit.....	7
16.	Pflichtverletzung durch den AN	7
17.	Schlussbestimmungen	8

Vorwort

Die Stadt Essen (nachfolgend „AG“), vertreten durch den Oberbürgermeister, schreibt den Abschluss einer Rahmenvereinbarung über die Lieferung und fachgerechte Montage von Langwandtafeln für den Fachbereich Schule aus. Die Leistung umfasst die fracht- und lastenfreie Lieferung „frei Verwendungsstelle“ (per Raum). Die Ausführung hat unter strikter Beachtung der Verkehrssicherungspflichten, der einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften sowie des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit zu erfolgen.

1. Leistungsinhalt

Gegenstand der Ausschreibung ist der Abschluss eines Rahmenvertrags, der in drei Fachlosen unterteilt ist. Der Leistungsinhalt dieser Fachlose umfasst die Lieferung von Langwandtafeln unterschiedlicher Größen inkl. der Montage.

Es können nur Artikel angeboten werden, die dem Gerätesicherheitsgesetz und den europäischen Normen in der jeweils gültigen Fassung entsprechen (s. Anlage 04). Alle Produkte müssen vollumfänglich den Anforderungen der DIN EN 14434 entsprechen. Bei der Herstellung der angebotenen Artikel dürfen keine umweltgefährdenden Inhaltsstoffe wie z.B. Cadmium, Blei, Quecksilber, Asbest, Fluorchlorkohlenwasserstoffe, Polychlorierte Biphenyle verarbeitet sein.

- Los 1: Langwandtafeln mit den Maßen 100 cm x 100 cm

Mindestanforderungen (Mindestkriterien):

Trägerplatte: Kernstärke 20–26 mm, Oberfläche mit hochwertigem Stahl-Emaill-Blech (Eignung für intensive Nutzung).

Einfassung: Umlaufendes, gerundetes und verschraubtes Aluminium-Einfassungsprofil, feuchtigkeitsdicht versiegelt.

Ausstattung: Oberseitige Bilderklemmleiste (mind. 4 Klemmen pro lfm).

Eigenschaften: Kratzfest, magnetisch, beschreibbar mit Whiteboard-Makern oder ähnlichen Produkten.

Ablage: Fest verschraubte Stiftablege aus Aluminium mit abgerundeten Sicherheits-Kunststoffkappen. Die abgerundeten Sicherheitskunststoffkappen sind durch Popnieten oder qualitativ gleichwertiger Art zu sichern.

- Los 2: Langwandtafeln mit den Maßen 100 cm x 150 cm

Mindestanforderungen (Mindestkriterien): Spezifikationen analog Los 1

Besonderheit: Die Langwandtafel muss flexibel montierbar sein (Hoch- oder Querformat). Zu beachten ist, dass die Stiftablege entweder an der kurzen oder langen Seite montierbar sein muss. Die Montageposition wird im Einzelabruf definiert.

- Los 3: Langwandtafeln mit den Maßen 100 cm x 200 cm

Mindestanforderungen (Mindestkriterien): Spezifikationen analog Los 1

Besonderheit: Die Langwandtafel muss flexibel montierbar sein (Hoch- oder Querformat). Zu beachten ist, dass die Stiftablage entweder an der kurzen oder langen Seite montierbar sein muss. Die Montageposition wird im Einzelabruf definiert.

2. Vertragslaufzeit

Es werden im Rahmen der Losaufteilung drei Rahmenvereinbarungen mit einem bzw. mehreren Auftragnehmern (nachfolgend AN) für die Zeit von einem Jahr (sogenannte Basislaufzeit) mit der dreimaligen automatischen Verlängerungsoption um jeweils ein Jahr (maximale Laufzeit somit vier Jahre) geschlossen.

Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung; die Basislaufzeit endet somit ein Jahr nach Vertragsabschluss.

Der Vertrag verlängert sich stillschweigend – nach Ablauf der Basislaufzeit sowie nach Ablauf der auf die Grundzeit folgenden Laufzeit – jeweils um ein Jahr, sofern das bestehende Vertragsverhältnis nicht mindestens einen Monat vor Ablauf schriftlich oder per E-Mail durch die AG gekündigt wird. Die Gesamtvertragslaufzeit endet spätestens nach vier Jahren.

3. Volumen

Die Leistung wird in Form von drei Fachlosen und somit drei Rahmenvereinbarungen vergeben. Die Ausführung erfolgt durch Einzelabrufe nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs. Die AG weist darauf hin, dass die Abrufmengen schwanken können und die genannten Mengenansätze lediglich der Kalkulationsgrundlage dienen (Schätzmengen).

Für die Verträge ergeben sich im Rahmen der Basislaufzeit von einem Jahr (= 12 Monate) sowie für die Folgejahre folgende Mengen gem. der nachfolgenden Tabelle:

Los	Bezeichnung	Menge 1. Jahr	Menge 2. Jahr	Menge 3. Jahr	Menge 4. Jahr	Menge Maximallaufzeit (4 Jahre)
1	100 x 100 cm	100 Stk.	100 Stk.	100 Stk.	120 Stk.	420 Stk.
2	100 x 150 cm	280 Stk.	420 Stk.	330 Stk.	450 Stk.	1.480 Stk.
3	100 x 200 cm	350 Stk.	320 Stk.	330 Stk.	330 Stk.	1.330 Stk.

Es handelt sich bei dem Umfang um Schätzwerte, eine Abnahmeverpflichtung besteht insofern nicht. Die AG behält sich dennoch vor, das geschätzte Volumen um bis zu 10 % zu überschreiten. Die Angebotspreise des AN haben hierbei weiterhin Gültigkeit. Die Höchstmenge des jeweiligen Rahmenvertrages beträgt somit:

Los 1 Langwandtafel 100x100 cm: 462 Stk.

Los 2 Langwandtafel 100x150 cm: 1.628 Stk.

Los 3 Langwandtafel 100x200 cm: 1.463 Stk.

4. Durchführung des Vertrages

Der AN verpflichtet sich, seine vertraglich geschuldeten Leistungen vertragsgerecht, unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt, innerhalb der vereinbarten Fristen zu erbringen und hat bei der Durchführung dieses Vertrages die gesetzlichen Vorschriften zu beachten.

Der AN hat seine vertraglich geschuldeten Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Der AN stellt die AG von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Beauftragung und Durchführung dieses Vertrages zurück zu führen sind.

Sollte für die Durchführung des Auftrages eine Bietergemeinschaft gebildet werden und ein oder mehrere Mitglieder der Bietergemeinschaft fallen nach der Zuschlagserteilung aus, muss weiterhin die ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt sein. Die AG sowie die Schulen sind unverzüglich über den Ausfall zu informieren. Die Aufnahme eines weiteren Mitglieds der Bietergemeinschaft ist zulässig, vorausgesetzt, die AG hat dem neu benannten Mitglied vorab schriftlich zugestimmt. Im Falle des Ausfalls von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft, steht dem Auftraggeber die Aufhebung des Vertragsverhältnisses zu.

5. Preisgestaltung

Die in den Preisblättern (Anlage 05.01, 05.02, 05.03) vereinbarten Nettoeinzelpreise sind während der gesamten Vertragslaufzeit zuzüglich der zum Zeitpunkt der Lieferung gültigen gesetzlichen Umsatzsteuer verbindlich. Mit diesem Festpreis werden alle Leistungen abgegolten, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Vertrages erforderlich sind. In den Festpreisen sind sämtliche Kosten, wie z.B. Verpackung, Versand, Anfahrt und Montage, inbegriffen. Entsprechend können von Seiten des AN keine weiteren Kosten geltend gemacht werden. Zusätzliche Kosten, die durch Umstände entstanden sind, die die AG nicht zu vertreten hat werden nicht vergütet. Eine Unter- und/oder Überschreitung der Mengen berechtigt nicht zu einer Preisanpassung.

6. Liefer- und Montagemodalitäten

Aufgrund des Schadstoffverdachts ist die Montage aller Langwandtafeln unter strikter Einhaltung der TRGS 519 an bzw. vor allen im Schulbau verwendeten Zwischenwänden vorzunehmen. Bohrarbeiten in Wände und Decken sind nach dem BT30-Verfahren durchzuführen. Ein entsprechender Nachweis ist den Angebotsunterlagen beizufügen. An diversen Schulstandorten befinden sich mit Kreide beschreibbare Seitentafeln. Diese Seitentafeln müssen im Falle eines Vorhandenseins an einem Schulstandort, vor der Montage der gelieferten Langwandtafeln, demontiert werden. Entsprechende Informationen, werden bei der Übersendung der Einzelabrufe mitgeteilt. Die Demontage muss ebenfalls gemäß den Vorgaben der TRGS 519 / dem BT30-Verfahren durchgeführt werden. Die Mitarbeiter*innen des Unternehmens, die mit

der Auftragsausführung betraut werden, müssen am Lehrgang zum Erwerb der Sachkunde für Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten nach Nr. 2.7 TRGS 519 erfolgreich teilgenommen haben (s. Anlage 04). Die entsprechenden Nachweise müssen bis zum Ablauf der Maximallaufzeit gültig sein und sind der AG auf Anfrage vorzulegen. Diese Leistungen sind im Angebotspreis enthalten und verursachen keine Mehrkosten. Eine konkrete Anzahl an Demontagen kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht mitgeteilt werden. Ein entsprechender Schätzwert beläuft sich darauf, dass bei ca. 20 % aller Bestellungen entsprechende Demontagen durchgeführt werden müssen.

Die genauen Lieferanschriften zu den 192 Schulstandorten (Schulen in Trägerschaft der Stadt Essen) im gesamten Stadtgebiet sowie die Kontaktdaten eines Ansprechpartners an jeder Schule werden dem AN mit den Einzelabrufen bekanntgegeben. Die Abrufe erfolgen so rechtzeitig, dass der AN die Lieferung innerhalb der gesetzten Frist vornehmen kann. Die Langwandtafeln sind den Schulen so anzuliefern, dass sie über die bestehenden Verkehrsflächen (Eingangsbereich, Flure, Treppenhäuser) ohne bauliche Veränderungen eingetragen werden können. Es ist seitens des AN zu berücksichtigen, dass in den Schulgebäuden in der Regel kein Lastenaufzug zur Verfügung stehen wird.

Die Lieferung hat nach erteiltem Einzelabruf (spätestens innerhalb von 4 bis 6 Wochen) zu erfolgen. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, ist der Auftragnehmer für die detaillierte Planung und Koordination der Tafellieferungen an die Schulen verantwortlich. Dies beinhaltet die Abstimmung von Lieferterminen mit den Schulen sowie die Sicherstellung einer pünktlichen und vollständigen Anlieferung. Die Verantwortung für diese Aufgaben obliegt dem benannten Arbeitnehmer.

Bei der Anlieferung sind von dem AN nur die öffentlichen Zufahrtswege zu benutzen. Für die Dauer der Abwicklung des jeweiligen Auftrags obliegt dem AN die Verkehrssicherungspflicht bezüglich der von ihm verwendeten oder transportierten Gegenstände und Fahrzeuge. Der AN haftet für alle Schäden, die während der Durchführung des Auftrags an Personen oder Gegenständen durch die Verletzung der vorbenannten Verkehrssicherungspflicht verursacht werden (siehe Ziffer 8. Der AN hat die AG darüber hinaus im Falle einer Inanspruchnahme Dritter für diesbezügliche Schäden freizustellen (siehe Ziffer 9). Die Nutzung von Schulhöfen und sonstigen Freiflächen ist während der Pausen- und Spielzeiten nicht gestattet. Eine Ausnahme hiervon bedarf der Genehmigung der AG. In diesem Falle hat der AN bei allen notwendigen Sicherungsmaßnahmen besonders die Gefahren zu berücksichtigen, welche durch den bei den Schülerinnen und Schülern vorhandenen Spieltrieb, die kindliche Neugierde sowie das fehlende Gefahrenbewusstsein entstehen können.

7. Gewährleistung

Für die angebotenen Wirtschaftsgüter übernimmt der AN mindestens eine Gewährleistung von 2 Jahren.

8. Rechnungslegung

Die Zahlungen erfolgen nach erbrachter Leistung auf Grundlage einer entsprechenden Rechnungslegung. Ziffer 12 der „Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen“ gilt entsprechend. Rechnungen ohne die erforderlichen Angaben führen zu erheblichen Verzögerungen in der Bearbeitung.

Die Zahlung erfolgt nach Ablauf der Abrechnungsperiode von jeweils einem Monat – beginnend ab dem

ersten Monat nach Vertragsabschluss – im Überweisungsverkehr auf ein vom AN schriftlich zu benennendem Konto. Voraussetzung ist die Vorlage einer entsprechenden schriftlichen Rechnung, aus dieser müssen folgende Angaben hervorgehen: Einsatzort und durchgeführte Arbeiten bzw. Dienstleistungen. Eine Barzahlung ist ausgeschlossen. Die Abtretung von Forderungen an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem AN die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Vergütung ist vom AN zurückzuerstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, so ist der Erstattungsbetrag mit 5 Prozentpunkten über dem geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.

Sofern eine Bietergemeinschaft vorliegt, hat die Rechnungsstellung im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

9. Haftung

Die AG übernimmt keine Haftung für Sach-, Vermögens oder Personenschäden. Vorstehender Haftungsausschluss gilt nicht für Ansprüche auf Schadensersatz aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, wenn die AG die Pflichtverletzung zu vertreten hat und für Ansprüche auf Ersatz sonstiger Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung der AG beruhen. Weiterhin gilt der vorstehende Haftungsausschluss nicht für Ansprüche auf Schadensersatz wegen der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten. Eine wesentliche Vertragspflicht liegt bei Verpflichtungen vor, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages erst möglich macht und auf deren Einhaltung der AN vertraut hat und vertrauen durfte. Bei einer lediglich fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht durch die AG wird die Haftung auf den vorhersehbaren vertragstypischen Schaden begrenzt.

Einer Pflichtverletzung der AG steht die eines gesetzlichen Vertreters oder Erfüllungsgehilfen gleich.

10. Vertragsstrafe

Überschreitet der AN schuldhaft den Vertragsbeginn, kann die AG für jede vollendete Kalenderwoche der Verspätung eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % des Wertes desjenigen Teils der Leistung verlangen, welcher nicht genutzt werden kann.

Insgesamt darf die Vertragsstrafe nach diesem Absatz nicht mehr als 8 % des Teils der Leistung betragen, welcher nicht genutzt werden kann.

Mit Überschreiten der festgesetzten Fristen gerät der Auftragnehmer in Verzug, ohne dass es einer Mahnung bedarf.

Über die verwirkte Vertragsstrafe hinausgehende Schadenersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Steht dem Auftraggeber ein Schadenersatzanspruch zu, wird eine aus demselben Grund verwirkte Vertragsstrafe auf den Schadenersatzanspruch angerechnet.

Die AG ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, aufzurechnen. Im Falle der Aufrechnung wird der Auftragnehmer hiervon schriftlich benachrichtigt.

11. Kündigungsrechte der AG

Unbeschadet von Ziffer 2 ist die AG berechtigt diesen Vertrag aus wichtigem Grund ganz oder teilweise fristlos zu kündigen. Wichtige Gründe sind schwerwiegende Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen, bei denen es den Parteien nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis fortzusetzen.

Als wichtiger Grund gilt insbesondere:

- a. Wenn der Auftragnehmer aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnungen die einzelnen Aufträge nicht innerhalb des Lieferzeitraumes ausführt.
- b. Wenn der Auftragnehmer trotz zweimaliger schriftlicher Abmahnungen die bestellten Artikel nicht in der im Leistungsverzeichnis vorgegebenen Güte liefert.

Die gesetzlichen Regelungen zur Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund bleiben von dieser Regelung unberührt.

12. Datenschutz

Der AN verpflichtet sich, alle ihm zur Kenntnis gelangenden internen Angelegenheiten der AG nach Beendigung dieses Vertrages vertraulich zu behandeln. Er hat ferner durch geeignete Maßnahmen und Vorkehrungen die Einhaltung des Datenschutzes sicherzustellen. Er verpflichtet sich, die Sozialdaten des Schul- und Verwaltungspersonals von seinem eigenen Datenbestand getrennt zu halten.

Mit den Sozialdaten des Schul- und Verwaltungspersonals dürfen vom AN nur solche Mitarbeiter befasst werden, die zuvor gemäß § 5 des Bundesdatenschutzgesetzes auf die Wahrung des Datengeheimnisses verpflichtet worden sind. Freie Mitarbeiter und Mitarbeiter von Subunternehmen sind vom Auftragnehmer in gleicher Weise zu verpflichten.

Der AN ist verpflichtet, Weisungen der AG zum Umgang mit den Sozialdaten des Schul- und Verwaltungspersonals nachzukommen. Spätestens zwei Jahre nach Beendigung des Vertragsverhältnisses hat der Auftragnehmer diese Sozialdaten zu löschen und die Löschung auf Verlangen nachzuweisen.

13. Wahrung der Neutralität

Der AN verpflichtet sich bzw. stellt sicher, dass er und die mit der Dienstleistung beauftragten Mitarbeitern, sich während der Dienstleistungsausführung bezüglich ihrer politischen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen stets neutral zu verhalten haben. Dem AN ist dabei bewusst, dass für die AG in öffentlichen Schulen der Grundsatz der staatlichen Neutralität gilt und die Beachtung dieses Grundsatzes für die AG eine besondere Bedeutung hat. Der AN verpflichtet sich, diesen Grundsatz bei der Ausführung der Dienstleistung besonders zu beachten und alles zu unterlassen, was dem staatlichen Neutralitätsgebot widerspricht.

14. Informationspflichten und Prüfrecht

Die AG hat das Recht, die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen durch den AN sowie die Beachtung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die zur vertraglichen Erfüllung durch den

Auftragnehmer anwendbar sind, zu prüfen und entsprechende Informationen beim AN einzuholen. Der AN erteilt zu diesem Zweck unverzüglich alle erbetenen Auskünfte, gewährt, soweit erforderlich, Einsicht in alle den Auftrag betreffenden Unterlagen, einschließlich gespeicherter Daten, fertigt auf Wunsch der AG Fotokopien der erforderlichen Unterlagen an und gestattet den Zutritt zu seinen Grundstücken und Betriebsräumen während der üblichen Geschäftszeiten. Die vorstehenden Rechte bestehen nicht, soweit dadurch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse offenbart werden müssten oder einer Offenbarung andere rechtliche Gründe entgegenstehen.

15. Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Der AN verpflichtet sich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit rechtzeitig vorher mit der AG abzustimmen.

16. Pflichtverletzung durch den AN

Verstößt der AN, gleich aus welchen Gründen, schuldhaft gegen andere als die zuvor genannten vertraglichen Pflichten, oder erfüllt er diese nicht in gehöriger, insbesondere branchenüblicher Weise, so kann die AG

- a. für jede Pflichtverletzung die Vergütung unter Berücksichtigung der begangenen Pflichtverletzung angemessen herabsetzen oder
- b. für jede erhebliche Pflichtverletzung die Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 500,00 Euro vom Auftragnehmer verlangen.
- c. für eine erhebliche Pflichtverletzung die außerordentliche Kündigung des Vertragsverhältnisses aussprechen.

Eine erhebliche Pflichtverletzung ist beispielsweise:

- Verletzung der Firmeninternen Dienst- & Fachaufsichtspflicht (z.B. die Nichtberücksichtigung der besonderen sicherheitsrelevanten Vorschriften an Schulen)
- die Nichteinhaltung der Anforderung an die Leistungserbringung gem. Anlage 04
- Verstöße gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen,
- die fehlende auftragsbezogene Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Träger oder ähnlich gravierende Abweichungen vom Angebotskonzept des Auftragnehmers,
- der Verstoß gegen die jeweils Mindestentgelt-Regelungen auf der Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AentG) und alle weiteren aus dem AentG folgenden Pflichten eines Arbeitgebers zur Gewährung von Arbeitsbedingungen,
- die falsche Angabe von Arbeitsbedingungen

Die Höchstgrenze für sämtliche Vertragsstrafen nach diesem Vertrag beträgt 5 % des Auftragswertes dieses Vertrages.

Der Auftragswert dieses Vertrages ergibt sich aus dem Gesamtangebotspreis aus dem Leistungsverzeichnis.

17. Schlussbestimmungen

Der gesamte Schriftverkehr und die Kommunikation zwischen der AG und dem AN sind in deutscher Sprache zu führen.

Mündliche Nebenabreden zu diesem Vertrag bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages einschließlich dieser Schriftformklausel bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.

Dies gilt auch für jegliche Ausübung von Gestaltungsrechten und allen wichtigen Mitteilungen der Vertragsparteien.

Der AN hat die AG unverzüglich über sämtliche, die Leistungsfähigkeit des AN beeinträchtigenden Umständen, insbesondere Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung und die Beantragung eines Insolvenzverfahrens, zu informieren.

Sollte einzelne Bestimmung der Leistungsbeschreibung unwirksam sein oder sollte diese Lücken enthalten, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt ab Eintritt der Unwirksamkeit diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt.

Dies gilt nicht, wenn die Unwirksamkeit aufgrund der §§ 305 bis 310 BGB eintritt; insoweit verbleibt es bei der Regelung des § 306 Abs. 2 BGB. Im Fall von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieser Leistungsbeschreibung vereinbart worden wäre, hätten die Parteien die Angelegenheit von vornherein bedacht.

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist die Stadt Essen.